

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäftsstelle: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Baukosten: 60 Pf. d. Arbeit, 10 Pf.
Dresden, Bank d. Arbeit, Angestellten u. Beamten, 10 Pf., Dresden,
Gebäude Reinhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintrag von Sitzungen innerstaatlicher Am. ist es durch oder ohne Briefkasten ihrer Gewalt, der der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspflichtes oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnement mit der täglichen Unterhaltungszeitung „Stern“
Zeitung „Märkte“ und der illustrierten Wochenzeitung „Der
Zionist“ monatlich 2,40 M. einheitl. 40 Pf. Bringerlohn. (Diese
Zeitung 2,20 M. einzeln. 30 Pf. Bringerlohn.) Postbezug nur
am Sonntag 1,05 M. ausgängig Post- und Zustellungsgeschäften.

Schreitzeitung: Weitinerplakat 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sonder-
ausgabe nur montags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftszeitung: Weitinerplakat 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 26 262.
Schreitzeitung von 12 bis 5 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Abonnement: Die 20 mm breite Reklamezeitung 30 Pf. die
90 mm breite Reklamezeitung 2 M. für auswärtige 40 Pf. u. 2,60 M.
abgängig Preisstellung laut Tarif. Sammlerangelegen. Stellen-
nachrichten 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelz. 10 Pf.

Nr. 267

Dresden, Montag, den 14. November 1932

43. Jahrgang

Die sächsischen Gemeindewahlen

Schwere Verluste der Nazis - SPD. verliert an KPD.
Flucht Verzweifelter zum Bolschewismus

Es ist schwierig, die Gemeindewahlen, die gestern in ganz Sachsen stattfanden, mit vorhergegangenen Wahlen vergleichen. Denn bei den Gemeindewahlen treten andere auf — Berufsslisten, Mittelstandslisten, Hausbesitzerlisten — als bei den Reichstagswahlen, und ein Vergleich mit den früheren Gemeindewahlen würde nur die allgemeine Verhöhung zeigen, die die Krise seit 1929 mit sich brachte. Aber im Gemeinden ist die Entwicklung der Parteien in der Reichstagswahl weitgegangen, wie sie die Reichstagswahl gezeigt. Weniger sind da und dort die Kommunisten und einige Listen der Bürgerlichen. Die Sozialdemokratie geht in den meisten Orten unter die Stimmen der Reichstagswahl zurück. Die SPD. war in vielen Gemeinden die größte Partei, und ein beträchtlicher Teil Wähler hält sich noch an den Partei, die ihm als die größte und wichtigste erscheint.

Die größten Verluste erleiden überall die Nationalsozialisten. Sie gewinnen zwar gegenüber ihrem Sitzstand von 1929, aber sie sinken beträchtlich unter die Sitzzahlen der letzten beiden Reichstagswahlen. In Dresden verlor die Hitler-Partei am 31. Juli rund 150 000 Stimmen, am 6. November 134 000 und gestern 104 000 Stimmen. In Leipzig sinken sie von 142 000 (31. Juli) auf 128 000 am 6. November und gestern auf 101 000. In Chemnitz 100 000, 80 000 und 70 000 Stimmen. In Plauen i. V. 21 000, 33 700, 26 800 Stimmen. In Bautzen fehlen ihre Verluste ähnlich aus. Nun nehmen den Hitlerianern vor die Berufsslisten und die Hausbesitzerlisten in verschiedenen Gemeinden manches weg, aber so viel macht es nicht aus, daß diese Verluste damit ausgeglichen wären. Und außerdem zeigt sich in diesem Abwandern nationalsozialistischer Stimmen auf andere Listen nur, welche Gegenseite und Interessenvertreter verschiedenheiten in dieser Demagogie vereinigt sind. Gegenseite, die sich wie figura auf die Dauer nicht verschleiern lassen. In Dresden verlieren die Nazis rund ein Drittel der Stimmen, die sie im Juli besaßen. Ähnlich in Chemnitz und Leipzig. Da es nicht Orte, wo die Nazistimmenzahl vom 6. November nahezu halbiert wurde. Das sind in so kurzer Zeit unerhörte Verluste; sie müssen namentlich für eine Partei empfindlich wirken, die ihren Anhängern seit drei Jahren unbesiegbar schien und die alles tat, um diese Siegesillusionen ihrer Wähler ins Phantastische zu steigern. Doch sich die unaufhaltsame Abwanderung enttäuschter Wähler von der Hitler-Partei nicht nur auf Sachsen beschränkt, beweisen auch die Bürgerschaftswahlen in Lübeck, die ebenfalls gestern statt-

fanden. Dort sinken die Nazis von 31 600 (6. November) auf 27 600. Noch vor einigen Monaten hätte sich niemand in der NSDAP. träumen lassen, daß das Hafentor so schnell 30 bis 40 Prozent seiner Wähler einbüßen könnte. Wenn heute in Braunschweig, Oldenburg, Dessau, Thüringen gewählt würde, so wären wohl keine dieser nationalsozialistischen Machtpositionen für die Hitler-Partei noch haltbar.

Es fällt uns nicht ein, damit über die Stimmenverluste der Sozialdemokratie hinwegzuschauen zu wollen. Im Gegenteil: auch diese Gemeindewahlen müssen für unsere Partei ein Anrecht sein, ihre Taktik und ihre Agitation zu überprüfen. Jedoch bleibt unsere Verluste weit hinter denen der Nazis zurück. Dabei fällt ins Gewicht, daß in vielen Gemeinden uns die Verantwortung mit aufgebürdet wurde, nicht den Nazis und noch viel weniger den Kommunisten. Dazu waren beide Parteien zu schwach.

Was die Sozialdemokratie verliert, ist auch bei dieser Wahl den Kommunisten zugeflossen. Das marxistische Lager als Ganzes hat sich also nicht nur verlustlos gehalten,

rgt.

Abschiedsbesuch in Dresden?

Papen bei Schied - Neuer Streich gegen den Reichstag geplant

Der Reichskanzler bemüht sich, Verhandlungen mit den Parteiführern zwecks Bildung einer „nationalen Konzentration“ zu Ende zu bringen; ihr negatives Ergebnis steht vornehmlich fest, zumal die Nationalsozialisten ablehnen, mit Herrn von Papen zu verhandeln. Heute wird der Kanzler wegen eines „Staatsbesuches“ in Dresden wenden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, würde diese Papenreise zu seinem Abschiedsbesuch werden. Wenn es noch ihm geht, soll vor seinem Start ein neuer Streich verübt werden. Aus Berlin wird uns darüber berichtet:

Die Luft ist gespannt mit Gerüchten. Das kann nicht wundern in einer Zeit, in der man weiß, daß sich das Reichskabinett mit dünnen Plänen trägt und jeden Tag aufs neue bereit, daß es unter einer autoritären Regierung eine Regierung versteht, die ihre Erfolgsberechtigung nicht aus dem Willen des Volkes und seiner Vertretung, sondern aus dem einen über den wahren Stand der Dinge bewußt im unklaaren gelassen Reichspräsidenten herstellt. Der Versuch, die „nationale Konzentration“ auf dem Wege über Verhandlungen mit den Parteiführern zu beleben, ist gescheitert, noch ehe die Verhandlungen begonnen haben. Aber ist das Ganze von allem Anfang an mehr gewesen als das Versuchen, einen Vorwand zu finden? Und was soll weiter werden? Hier liegen die Gerüchte ein. Da heißt es, der Reichstag solle noch vor seinem Zusammenentreffen aufgelöst werden. Zweimal haben sich die Wähler mit überwältigender Mehrheit gegen den Papen-Kurs und die Papen-Barone entschieden. Sie würden es ein drittes Mal ebenfalls tun, und alle in der letzten Zeit angestellten und in Zukunft vielleicht zu wiederholenden Bemühungen einen Gegenzug zwischen dem Volke und den Parteien zu konstruieren, würden an diesem Ergebnis nichts ändern können. Die nochmalige Auflösung kann deshalb nur den Sinn haben, das Regiment der Papen-Barone gegen den Willen der überwiegenden Volksmeinung weiterzuführen, den Wollwillen weiter zu mißachten und nach den Blümchen einer kleinen Clique weiterzumustern. Allerdings ist nur möglich, wenn sich die Papen-Barone entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung wieder über das Parlament hinwegsetzen, wenn sie versuchen, Reichsreform und Verfassungsreform unter Verweis auf das staatliche Notstandrecht, d. h. ein Recht, dessen Existenz nur von den reaktionären Staats-

trophieren. Es gibt Leute — und sie gehören nicht zu den leichtfertigen Schwägern —, die dem Kabinett Papen folche staatsfeindlichen Absichten allen Ernstes nachzagen und ihre Verwirklichung schon für die nächsten Tage ankündigen. Sie trauen einem Manne wie Herrn von Papen in Anbetracht seiner Unbefriedigung, mit er er diese Welt sieht, alles zu.

Allerdings ist die Tatsache, daß Gerüchte der gekennzeichneten Art im Umlauf sind, rüst die schwersten Unruhen und Erhütterungen hervor, und alle, denen es um das deutsche Volk zu tun ist, müssen von den Papen-Baronen endlich ein klares Wort verlangen, mit dem sie von den ihnen zugeschobenen Plänen nicht nur mit Redensarten, sondern klar und eindeutig abschrägen. Außerdem ist es dringende Wicht, den Reichspräsidenten auf die Gefahren der Stunde hinzuweisen. Sie wäre in erster Linie von den Ministerpräsidenten der Länder zu übernehmen, denn von allem anderen abgesehen steht ein Gut, dessen Bedrohung Herr von Hindenburg nicht zulassen kann, auf dem Spiel — die Einheit des Reiches. Darum hat es der Reichspräsident bisher nicht einmal für notwendig gehalten, seine Vorone nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes an einer an sich selbstverständlichen Anstandspflicht gegenüber der preußischen Staatsregierung anzuhören. Auch in anderen Fällen hat der oberste Vertreter des Volkes neuerdings ein Verhalten an den Tag gelegt, als ob es in der deutschen Geschichte weder einen 31. Juli noch einen 6. November mit ihren vernichtenden Volksurteilen gegen die Papen-Barone gegeben hätte. Aber schließlich hat auch der Reichspräsident den Willen des Volkes und seiner verfassungsmäßigen Institutionen zu respektieren und dafür zu sorgen, daß Experimente unterbleiben, die unser Land in tiefes Unglück stürzen müssen. Mit er dennoch damit einverstanden, was gegenwärtig als Absicht der Papen-Barone überall zu lesen steht? Am Interesse Deutschlands ist eine schnelle und unzweideutige Antwort notwendig!

Die Papen-Barone führen ihre Macht und ihr Recht auf die Voronette der Reichswehr. Aber es gibt noch Kräfte, gegen die auf die Dauer auch die Voronette eines Heeres von 100 000 Mann versagen müssen. Die Papen-Barone sind sich darüber nicht im unklaren. Trotzdem scheint es starke Kräfte unter ihnen zu geben, die es bis zum letzten treiben wollen. Sie warnen sie hundert- und tausendmal um Deutschlands willen. Den Anfang ihres Weges mögen sie feiern, auch heute noch in unserem Volle leben und die sich in seinen Organisationen mit großen Parteien überzeugen.

Bürgerschaftswahl in Lübeck

N. Lübeck, 14. November. (Sig. Junck.)

Am Sonntag wurde auch die Bürgerschaft (zweiter Landtag des Staates) neu gewählt. In Lübeck, wo Sozialdemokraten und Kommunisten bisher von 80 Bürgerschaftsstimmen innehatten, ohne daß diese Mehrheit sich hätte praktisch auswirken können, besaßen sie jetzt nach den Wahlen des gestrigen Sonntags 38 von 80. Die einzelnen ergaben die Wahlen folgendes Bild:

Sozialdemokraten 30 317 (32 036) Stimmen, 29 (34) Mandate, Kommunisten 9940 (8894) Stimmen, 9 (7) Mandate, Nationalsozialisten 27 681 (31 613) Stimmen, 27 (6) Mandate, Nationalsozialistische Volksfront 50 10 Stimmen, 5 (29) Mandate, Staatspartei 1314 (1003) Stimmen, 1 (2) Mandat, Semper 765 (964) Stimmen, 1 (1) Mandat, Hand- und Gewerbe 4125 Stimmen, 4 (1) Mandate, Deutsche Nationale 3791 (5788) Stimmen, 1 (4) Mandate.

Die Vergleichszahlen bei den Stimmen sind die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen und bei den Mandaten die Bürgerschaftswahlen von 1929. Die Wahlbeteiligung betrug im Sonntag 87 Prozent gegenüber 89 Prozent am 6. November. Eine Mehrheit besitzt der gegenwärtige Senat, der als Koalitionsgebie von der Sozialdemokratie geführt wird, in der Bürgerschaft nicht mehr.